



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen der Katholische Verbändekonferenz im Bistum Augsburg

1. Welche Initiativen plant Ihre Partei auf EU-Ebene zum Schutz der unantastbaren Würde des Menschen bei diesen zentralen ethischen Problemen: Kinderhandel durch Leihmutterschaft, Selektion und Tötung behinderter Menschen bis kurz vor der Geburt, sowie Ausbeutung von Frauen durch „legale“ Prostitution?

Antwort:

Wahrung der Schöpfung und Annahme eines jeden Lebens sind Grundpfeiler des christlichen Menschenbilds. Dieser Maßstab gilt für ausnahmslos jedes Leben, was Menschen mit Beeinträchtigungen und ungeborenes Leben einschließt. Durch fundierte Beratung, weitreichende Unterstützungsangebote und indem wir die Angst der betroffenen Eltern vor Ausgrenzung und Überforderung ernst nehmen, wollen wir dabei helfen, die verfassungsrechtlich verankerte Menschenwürde zu schützen.

Die Technisierung der Fortpflanzung, etwa durch Eizellspende oder Leihmutterschaft, birgt erhebliche Risiken und Gefahren für Mutter und Kind. Wir sprechen uns daher für die Aufrechterhaltung des Verbotes dieser Praktiken in Deutschland aus. Streitigkeiten im Ausland zwischen Wunscheltern und Leihmüttern verdeutlichen die ethische und rechtliche Problematik dieser Technologien.

In der Prostitution wünschen wir uns einen Perspektiv- und Paradigmenwechsel. Es muss Schluss damit sein, dass Frauen zur Ware gemacht werden. Unser Ziel ist ein strafbewehrtes Sexkaufverbot für Freier bei gleichzeitiger Straffreiheit für Prostituierte.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Darüber hinaus müssen die Präventions- und Ausstiegsangebote gefördert und ausgebaut werden.

2. Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind Grundlage für ein gelingendes Europa. Es soll ein Ort des sozialen Zusammenhalts sein. Welche Chancen sehen sie in einer freien Migration und welchen Beitrag diesbezüglich leistet ihre Partei für ein solidarisches Europa?

Antwort:

In qualifizierter Erwerbsmigration sehen wir große Chancen für Deutschland und Europa, insbesondere hinsichtlich des demografischen Wandels und dem damit verbundenen Fachkräftemangel. Europa und Deutschland müssen attraktiver für Fachkräfte werden. Dazu möchten wir die Verfahren komplett digitalisieren. Die Erteilung von Arbeitsvisa werden wir beschleunigen, wenn alle Voraussetzungen für eine Arbeit gegeben sind. Schutzberechtigten wollen wir weiterhin Schutz gewähren. Wir streben eine Reform des europäischen Asylsystems an: Erstens wollen wir, dass die EU im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention Flüchtlingen Schutz in sicheren Drittstaaten außerhalb der EU ermöglicht. Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte müssen dabei gewahrt werden. Zweitens sprechen wir uns dafür aus, dass nach der erfolgreichen Umsetzung des Drittstaatskonzepts eine Koalition der Willigen innerhalb der EU jährlich ein Kontingent schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnimmt und entsprechend verteilt. Auf diese Weise müssen sich die Personen nicht mehr auf die gefährlichen und oft tödlichen Fluchtrouten nach Europa begeben. Das Asylsystem wollen wir damit humaner gestalten. Irreguläre Migration nach Europa hingegen von Personen, die keine Schutzberechtigung gemäß Völkerrecht, Europarecht und deutscher Verfassung besitzen, möchten wir beenden.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

3. Welchen Plan hat ihre Partei, wie in Zukunft Frieden in der Ukraine und mit Russland nachhaltig her- und sichergestellt werden kann – und zwar jenseits von Aufrüstung und Militarisierung?

Antwort:

Die Ukraine muss beim Kampf für ihre Freiheit und territoriale Integrität weiterhin unsere umfassende Unterstützung erhalten. Nur wenn Putin erkennt, dass er die Ukraine nicht militärisch bezwingen kann, wird er zu Friedensgesprächen bereit sein.

Ein Russland, das diesen verbrecherischen Angriffskrieg führt, kann kein Partner sein. Kriegsverbrechen in der Ukraine sind im Rahmen eines Kriegsverbrechertribunals zu ahnden. Wir hoffen, dass ein anderes Russland, das eine regelbasierte internationale Ordnung einhält, eines Tages als kalkulierbarer politischer und wirtschaftlicher Partner zurückgewonnen werden kann.

Als Europäer spüren wir eine Verantwortung, die Ukraine beim Wiederaufbau mit voller Kraft zu unterstützen. Dafür wollen wir auch Wiederaufbaupartnerschaften eingehen, etwa im Rohstoff- und Energiebereich unter Einbeziehung von privatem Kapital. Wir wollen prüfen, ob Russland und russische Vermögenswerte für die Kosten des Wiederaufbaus herangezogen werden können.

4. Die Landwirtschaft steht im Zentrum von Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft der Europäischen Union. Welche Aussagen treffen Sie zur Förderung einer nachhaltigen und regionalen Landwirtschaft? Mit welchen Vorhaben wollen sie eine nachhaltige und regionale Landwirtschaft fördern?

Antwort:

Unser Leitbild ist eine vor Ort verwurzelte, bäuerliche Landwirtschaft. Sie verbindet Eigentum und Denken in Generationen mit Engagement für Heimat und Umweltschutz. Unsere Landwirtinnen und Landwirte erzeugen hochwertige Lebensmittel und



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

verdienen Wertschätzung. CDU und CSU richten den Fokus in der Agrarpolitik auf die Ernährungssicherheit und auch auf die wirtschaftlichen Perspektiven unserer Höfe. Wir sorgen dafür, dass die EU-Agrarpolitik unseren Landwirten Schutz auf volatilen Märkten bietet und ihnen erlaubt, noch nachhaltiger zu wirtschaften und ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die Direktzahlungen sollen eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft sein und stark vereinfacht werden, so dass auch kleinere und mittlere Höfe profitieren können.

Junglandwirtinnen und Junglandwirte wollen wir besonders fördern wie auch regionale Wertschöpfungsketten mit Verarbeitung vor Ort und der Verbindung zu Gastronomie und Tourismus.

Wir wissen, Umwelt und Naturschutz gehen nur mit der Landwirtschaft. Deshalb setzen wir auf Freiräume statt detaillierter Vorgaben sowie auf Innovationen und Anreize statt Verbote.

5. Befürwortet Ihre Partei einen gesetzlichen europäischen Mindestlohn (und falls ja, in welcher Höhe bzw. auf welcher Berechnungsgrundlage)?

Antwort:

CDU und CSU befürworten keinen gesetzlichen europäischen Mindestlohn. Nicht in allen EU-Mitgliedstaaten gibt es Mindestlöhne. Dänemark, Italien, Österreich, Finnland und Schweden haben gar keinen Mindestlohn.

Grundsätzlich liegt es in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, ob es einen Mindestlohn gibt und wie dieser angepasst wird. In Deutschland entscheidet nicht die Politik, sondern die Mindestlohnkommission über die Höhe des Mindestlohns.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

6. Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei konkret vor, um den Gender Care Gap zu verringern und Männer verstärkt an unbezahlten Sorgetätigkeiten (z. B. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Hausarbeit, Ehrenamt) zu beteiligen?

Antwort:

In Deutschland lag der Gender Care Gap 2022 bei knapp 44 Prozent. Damit liegt unser Land im europäischen Mittelfeld. In anderen Ländern der EU, beispielsweise in Schweden, ist der Unterschied zwischen Frauen und Männern kleiner. Forscher weisen darauf hin, dass die Geschlechterungleichheiten in der informellen Pflege insbesondere mit Investitionen im Gesundheitswesen, dem Pflegesystem und den Strukturen des Arbeitsmarktes zusammenhängen. Maßnahmen müssen deshalb in den Nationalstaaten getroffen werden.

7. Wie will Ihre Partei die politische Bildung stärken und voranbringen?

Antwort:

Politische Bildung ist entscheidend, um junge Menschen zur selbstbestimmten Teilhabe an unserer Gesellschaft und zur aktiven, verantwortungsvollen Mitgestaltung unserer Demokratie zu befähigen. Deshalb gehört der Politikunterricht in den Fächerkanon aller weiterführenden Schulformen. Politisches Handeln soll im Unterricht durch Projekte, Diskussionen, Planspiele und persönliches Engagement in der Schulgemeinschaft gefördert und eingeübt werden. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, ihre Meinung zu äußern, Verantwortung zu übernehmen und sich für ihre Interessen einzusetzen. Zugleich muss der Politikunterricht dazu befähigen, Informationen kritisch zu hinterfragen, verschiedene Perspektiven zu betrachten und eigene Standpunkte zu entwickeln. Denn Ziel des Politikunterrichts ist politische Urteils- und Demokratiefähigkeit sowie Resilienz gegenüber allen Bestrebungen, die diesen Zielen widersprechen. Richtschnur ist für CDU und CSU dabei der „Beutelsbacher Konsens“.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

8. Welchen Schwerpunkt im Bereich Jugendpolitik möchte Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode setzen?

Antwort:

Unser Ziel ist, dass junge Menschen und Jugendorganisationen in die Entwicklung und Umsetzung europapolitischer Maßnahmen einbezogen werden. Dafür haben wir die EU-Jugendstrategie beschlossen. Als politische Parteien machen auch wir über unsere Jugendorganisationen ein Angebot, früh politisch mitzuwirken.

Europa soll junge Menschen begeistern. Wer begeistert ist, engagiert sich auch gerne. Wir wollen mit der Jugend diskutieren, wie wir unseren Wohlstand, den Frieden und unsere freiheitliche Lebensweise sowie den europäischen ‚Way of Life‘, sichern und gestalten wollen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die konkreten Anliegen junger Menschen - Gesundheit, Umwelt, Bildung - in der europäischen Politik aufgegriffen werden.

Wir wollen die Beteiligungsformate stärken und setzen uns dafür ein, dass neben den klassischen Formaten vermehrt Plattformen und Online-Umfragen für Jugendliche geschaffen werden, damit sie auch ihre Meinung zu aktuellen europapolitischen Fragestellungen einbringen können.